



Nr. 11

17. März 2022

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Aufwertung gefordert

[Tag der Sozialen Arbeit: Beschäftigte brauchen konkrete Perspektiven](#)

Krieg in der Ukraine

[Bildungsgewerkschaften: Aufnahme geflüchteter Kinder vorbereiten](#)

dbb senioren

[Energiekosten: Bundesregierung muss Ältere deutlicher entlasten](#)

dbb jugend

[Soziale Arbeit ist unbezahlbar](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

dbb Landesbünde

[Energiekosten: Belastungen für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes abfedern](#)

Nordrhein-Westfalen

[Prioritäten zur Stärkung des öffentlichen Dienstes skizziert](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[Staat muss Flüchtlinge aus der Ukraine besser schützen](#)

Deutscher Philologenverband (DPhV)

[Appell an die Kultusministerkonferenz: Schulwesen resilient machen](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[Bildung: Mangelnde Lesekompetenz belegt Unterfinanzierung](#)

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

[Deutschen Bahn: Vorwurf der „schriftlichen Lüge“](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Aufwertung gefordert

Tag der Sozialen Arbeit: Beschäftigte brauchen konkrete Perspektiven

Zum Internationalen Tag der Sozialen Arbeit am 15. März 2022 hat der dbb bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten gefordert.

„Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter leisten einen unschätzbaren Dienst. Ihre Arbeit – beispielsweise in Schulen, Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, in der Obdachlosenhilfe oder in Unterkünften für Geflüchtete – ist für den Zusammenhalt der Gesellschaft von überragender Bedeutung“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach. „Gerade die nun schon zwei Jahre währende Corona-Pandemie oder jetzt ganz aktuell der furchtbare Krieg in der Ukraine zeigen uns doch, dass menschliche Zuwendung und Hilfe gerade im Krisenfall durch nichts zu ersetzen ist.“

Die aktuellen Tarifverhandlungen für den Sozial- und Erziehungsdienst würden nun die Chance bieten, das Berufsfeld aufzuwerten und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. „Die Kolleginnen und Kollegen brauchen konkrete Perspektiven: Wie wird die Eingruppierung und damit die Bezahlung verbessert? Werden Vor- und Nachbereitungszeiten endlich angemessen berücksichtigt, um die Qualität der Arbeit zu verbessern? Wann gibt es endlich einen echten Anspruch auf regelmäßige Fortbildungen? Das sind nur einige der Fragen, die die kommunalen Arbeitgeber endlich beantworten müssen“, erklärte der dbb Chef.

Silberbach machte in diesem Zusammenhang auf den akuten Fachkräftemangel aufmerksam: „Das Personal in der Sozialen Arbeit ist ohnehin praktisch überall knapp bemessen. Aber selbst die vorhandenen Stellen können kaum noch besetzt werden, weil es schlicht an Nachwuchskräften mangelt. Deshalb ist die Aufwertung des gesamten Berufsfeldes so wichtig, damit sich wieder mehr junge Menschen für den Weg in den Sozial- und Erziehungsdienst entscheiden. Ein ‚Weiter so‘ darf es jedenfalls nicht geben.“

Hintergrund

Der Internationale Tag der Sozialen Arbeit wurde ins Leben gerufen, um die Leistungen der Sozialarbeiter*innen auf der ganzen Welt zu feiern, Netzwerke zu bilden und um ein Bewusstsein für die Bedeutung der Sozialen Arbeit zu schaffen – vor allem bei den zuständigen Politikerinnen und Politikern. In diesem Jahr steht der Tag unter dem Motto: „Wir gestalten gemeinsam eine neue nachhaltige, soziale Welt: wir lassen niemanden zurück“.

Die im Februar gestarteten Tarifverhandlungen für den Sozial- und Erziehungsdienst werden am 21. und 22. März in Potsdam fortgesetzt.

Krieg in der Ukraine

Bildungsgewerkschaften: Aufnahme geflüchteter Kinder vorbereiten

Angesichts der steigenden Zahl geflüchteter Menschen aus der Ukraine, die in Deutschland Schutz suchen, mahnen Bildungsgewerkschaften eine zügige Vorbereitung der Schulen an.

Die Bildungsgewerkschaften im dbb beamtenbund und tarifunion (VBE, DPhV, VDR, KEG, BvLB) und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) erklärten dazu am 11. März 2022 in Lübeck:

„Wir begrüßen ausdrücklich die Pläne der Kultusministerkonferenz (KMK), schnell Bildungsangebote für geflüchtete Kinder und Jugendliche aus der Ukraine zu schaffen. Bund, Länder und Kommunen müssen den Schulen nun aber auch zügig und unbürokratisch Unterstützung anbieten. Um die aktuelle Herausforderung

meistern zu können, bedarf es unter anderem zusätzlicher finanzieller und personeller Ressourcen für die Schulen.

Die Lehrkräfte in Deutschland haben seit 2015 zwar viele Erfahrungen mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen gemacht und sind grundsätzlich gut auf solche Situationen vorbereitet. Nach fast zwei Jahren Arbeiten in der Corona-Pandemie sind viele Lehrerinnen und Lehrer aber erschöpft und am Limit ihrer Kräfte. Daher wird die nächste Zeit eine große

Herausforderung, auch wenn sich alle Beschäftigten in den Schulen wie immer leidenschaftlich für das Wohl der Kinder engagieren werden.

Die Bildungseinrichtungen brauchen deshalb nun mehr denn je die volle politische Unterstützung. Es bedarf multiprofessioneller Teams sowie zusätzlichen Personal für die Errichtung von Willkommens-, Übergangs- und Vorbereitungsklassen und angemessener Räumlichkeiten. Zudem bedarf es umfangreicher Angebote für die Beschäftigten, um mit den Traumata der

Geflüchteten in angemessener Weise umgehen zu können, sowie zusätzlicher Lehrkräfte für ‚Deutsch als Zweit-/Fremdsprache‘ (DaZ/DaF) und herkunftssprachlicher Fachkräfte.

Eine Einbindung von geflüchteten pädagogischen Fachkräfte begrüßen wir grundsätzlich. Wichtig ist aber, ihnen zielgruppengerechte Unterstützung und verlässliche Perspektiven zu bieten.“

dbb senioren

Energiekosten: Bundesregierung muss Ältere deutlicher entlasten

Die Energiekrise wird Ältere in Verbindung mit steigender Inflation besonders hart treffen. Besonders Bezieherinnen und Bezieher kleiner Renten drohe jetzt Altersarmut, befürchtet der Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung Horst Günther Klitzing.

„Die Bundesregierung muss hier auch die Belange der älteren Generation berücksichtigen“, sagte Klitzing am 14. März 2022 in Berlin mit Blick auf die Ankündigung der Bundesregierung, ein Entlastungspaket schnüren zu wollen. Schließlich seien die Preissteigerungen bei den Energiekosten in Folge der Ukraine-Krise noch gar nicht in den Haushalten angekommen. „Der ohnehin geplante Wegfall der EEG-Umlage wird bei weitem nicht ausreichen, um die explodierenden Preise abzufedern. Dasselbe gilt für den Heizkostenzuschuss für Bedürftige.“

Viele Seniorinnen und Senioren befänden sich zum Beispiel in dem Dilemma, ein „paar Euro zu viel“ zu haben, um überhaupt Wohngeld zu bekommen. „Leider ist die Entlastung von 135

Euro, die die Bundesregierung bislang zugesagt hat, an das Wohngeld gekoppelt.“ Der Verbraucherzentrale Bundesverband habe gefordert, sowohl den Unterstützungsbetrag auf mindestens 500 Euro anzuheben, als auch den Empfängerkreis zu erweitern. „Das würde auch mehr Ältere in den Genuss der Unterstützungsleistungen bringen, die jetzt knapp unter der Grenze liegen und die schlicht kein Geld haben, um plötzlich zwei oder dreimal so viel für Strom, Heizung und Benzin zu bezahlen“, so der Chef der dbb senioren. Darüber hinaus sei denkbar, die vielen Seniorinnen und Senioren, die mit ihrem ehrenamtlichen Engagement einen unschätzbaren Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten, bei der dazu notwendigen Mobilität zu entlasten.

dbb jugend

Soziale Arbeit ist unbezahlbar

Mit Blick auf die laufenden Tarifverhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst fordert die dbb jugend mehr Anerkennung für die Beschäftigten im Bereich der sozialen Arbeit.

„Wir leben seit mehr als zwei Jahren im Krisenmodus. Und angesichts der aktuellen Entwicklungen müssen wir uns eingestehen: Menschliche Zuwendung und Hilfe im Krisenfall ist unbezahlbar. Das bekommen vor allem die Mitarbeitenden in sozialen Einrichtungen unmittel-

bar zu spüren. Nie war die soziale Arbeit wichtiger als heute. Egal, ob im schulpädagogischen Dienst, in Einrichtungen für Behinderte und Obdachlose, in Flüchtlingsunterkünften oder in Stadtteilzentren und Kindertagesstätten – schon in „normalen“ Zeiten leisten Sozialar-

beiterinnen und Sozialarbeiter hier wichtige Arbeit für die Gesellschaft. Sie sind da, wo allzu oft weggeschaut wird. Schon allein dafür verdienen sie mehr als nur Zuspruch, nämlich finanzielle Anerkennung und gute Arbeitsbedingungen“, betonte dbb Chefin Karoline Herrmann am 15. März 2022, dem Tag der Sozialen Arbeit.

Die laufenden Tarifverhandlungen für den Sozial und Erziehungsdienst böten den Arbeitgebenden jetzt die Chance, ihren Respekt für die vielen engagierten Beschäftigten in der sozia-

len Arbeit zu zollen. „Es geht hier um eine bessere Eingruppierung vor allem für Berufseinsteiger*innen. Aber auch die zeitliche Entlastung und die qualitative Verbesserung der Arbeitsbedingungen stehen in den Verhandlungen im Mittelpunkt. Deshalb fordern wir die Arbeitgebenden auf, die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter jetzt nicht zurück zu lassen, sondern auf unsere Forderungen einzugehen und in der zweiten Verhandlungsrunde am 21. und 22. März einen ersten Schritt hin zu einer attraktiveren und nachhaltigeren sozialen Arbeit zu machen“, so Herrmann.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

dbb Landesbünde

Energiekosten: Belastungen für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes abfedern

Angesichts steigender Energiekosten haben dbb Landesbünde in den vergangenen Tagen gefordert, die daraus erwachsenden Belastungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes abzufedern – etwa durch eine Anhebung der Wegstreckenentschädigung.

Aktuell erhalten Beschäftigte etwa in Niedersachsen, die in Ermangelung von Dienstfahrzeugen mit ihrem privaten PKW Dienstreisen zur Erfüllung ihrer Aufgaben wahrnehmen, eine Reisekostenentschädigung von 30 Cent/Kilometer. Nach Berechnungen des NBB, basierend auf Vergleichen mit anderen Bundesländern und Grundlagenberechnungen der mobilen Verbrauchskosten, sei eine Mindesterrhöhung auf 42 Cent/ Kilometer notwendig. Genau die hat der NBB in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten am 15. März 2022 gefordert.

Ein entsprechendes Schreiben an den Ministerpräsidenten von Sachsen hat auch der SBB geschickt. Die Wegstreckenentschädigung für Dienstreisende sei zuletzt im Jahr 2013 angepasst worden und betrage aktuell 17 Cent/Kilometer für „normale“ Dienstreisende, 30 Cent/Kilometer bei triftigen Gründen für die Nutzung des Privat-Kfz und 35 Cent/Kilometer bei typischen Außendienstlern.

In Schleswig-Holstein ist die Situation ähnlich: Wenn der private Pkw dienstlich genutzt wird, betrage die Wegstreckenentschädigung aktuell lediglich 20 Cent/Kilometer beziehungsweise bei einem erheblichen dienstlichen Interesse 30 Cent/ Kilometer, so der dbb Landesbund. Inzwischen dürfe kein Zweifel mehr bestehen,

dass diese Werte zu gering sind und „es ist nicht hinnehmbar, dass Kosten zur Erledigung von Dienstgeschäften, die dem Gemeinwohl dienen, auf die Beschäftigten abgewälzt werden“, so dbb Landeschef Kai Tellkamp.

„Beschäftigte, die im Dienst aus triftigen Gründen ihr Privatfahrzeug nutzen, brauchen einen Ausgleich für die ihnen entstehenden Mehrkosten durch gestiegene Spritpreise“, stellte der BBB Chef Rainer Nachtigall klar. Der Freistaat müsse über die Wegstreckenentschädigung – zumindest vorübergehend – schnell und unbürokratisch für Ausgleich sorgen.

„Eine Vielzahl unserer Kolleginnen und Kollegen wird vom Dienstherrn direkt oder indirekt veranlasst, zur Dienstausbildung und Aufrechterhaltung des Außendienstes für ausschließlich dienstliche Fahrten, ihren privaten PKW zu nutzen. Dabei legen unsere Beschäftigten aufgrund der Entwicklungen für Treibstoff mittlerweile auch noch erheblich drauf. Die Absicherung von Dienstgeschäften und notwendige Dienstreisen dürfen nicht den einzelnen Beschäftigten auferlegt werden“, betonte auch der tbb Vorsitzende Frank Schönborn. Er forderte außerdem sofortige Maßnahmen der Landesregierung in Thüringen für eine Verlängerung der Homeoffice-Möglichkeiten.

Dietmar Knecht, der Vorsitzende des dbb m-v, sieht sowohl bei den Spritkosten als auch dem Homeoffice auch den Bund in der Pflicht: „Mecklenburg-Vorpommern ist Pendlerland, daher ist die Vereinbarkeit von Funktionsfähigkeit und Attraktivität der täglichen Arbeit auf der einen Seite und dem Privatleben auf der anderen von immenser Bedeutung. Momentan legen die auch Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst aufgrund der Preisentwicklung beim Treibstoff mittlerweile erheblich drauf, daher brauchen wir geeignete Sofortmaßnahmen insbesondere des Bundes, die der Kostenexplosion entgegenwirken. Es reicht

dabei bei weitem nicht aus, in einem Jahr nach der nächsten Steuererklärung Entlastungen bei der Kilometerpauschale zu offerieren.“

Der dbb saar sieht ebenfalls dringenden Handlungsbedarf, um die Funktionsfähigkeit und Attraktivität des öffentlichen Dienstes nicht zu gefährden. Neben einer landeseinheitlichen Homeoffice-Regelung sei dafür, so auch dbb Landeschef Ewald Linn, auch eine zeitnahe Erhöhung der Wegstreckenentschädigungen nach dem Saarländischen Reisekostenrecht nötig.

Nordrhein-Westfalen

Prioritäten zur Stärkung des öffentlichen Dienstes skizziert

In einem Gespräch mit dem Vorstand der Grünen-Landtagsfraktion am 11. März 2022 hat Roland Staudé, 1. Vorsitzender des DBB NRW, einige Eckpunkte für die notwendige Stärkung des öffentlichen Dienstes in den kommenden Jahren skizziert.

Ein ganz zentrales Thema bleibe nach wie vor die Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber. Staudé wies erneut darauf hin, dass der Gesetzentwurf der gegenwärtigen Landesregierung zwar eine schöne Überschrift trage, inhaltlich aber keinesfalls überzeuge. Es gebe noch sehr viel zu tun. Insbesondere sei für viele Bewerber die Möglichkeit, im Homeoffice arbeiten zu können, ein ganz zentrales Kriterium. „Es muss deshalb einen Anspruch auf Homeoffice geben“, forderte Staudé. Und es brauche ein tragfähiges Konzept, das bezüglich des Arbeits-, Daten- und Gesundheitsschutzes überzeuge.

Homeoffice spiele auch mit Blick auf die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Beschäftigten eine große Rolle. Denn es bleibe nicht folgenlos, wenn sie für ihre Vorgesetzten über weite Strecken nicht sichtbar seien. Hier stelle sich die Frage, welche Auswirkungen dies für ihre Beurteilung und somit für ihre Karriere

habe. Für Frauen, die häufig in Teilzeit arbeiten, um Karriere, Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen, verschärfe sich diese Problemlage noch zusätzlich. Eine Definition verbindlicher Beurteilungskriterien sei deshalb auch mit Blick auf die Gleichstellungsthematik von großer Bedeutung.

Mit Blick auf den Personalmangel betonte die DBB-NRW-Spitze, dass es zunehmend schwieriger werde, Fachkräfte für den öffentlichen Dienst zu gewinnen. Eine besonders gefragte Berufsgruppe, so der 2. Vorsitzender des DBB NRW Stefan Behlau, seien Sozialpädagogen. Diese würden für Kitas und Schulen aber auch im Pflegebereich händeringend gesucht. Hier komme es sehr darauf an, die Einstellungskriterien für Seiteneinsteiger zu erleichtern und zusätzlich regelmäßige Weiterbildungsmöglichkeiten anzubieten, um professionelle Standards zu sichern.

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPOIG) Staat muss Flüchtlinge aus der Ukraine besser schützen

Die DPOIG hat eine professionelle Aufbauorganisation der zuständigen Behörden gefordert, die den Einsatz von Hilfsorganisationen bei der Versorgung von Geflüchteten aus der Ukraine koordiniert und führt.

Der DPOIG Bundesvorsitzende Rainer Wendt erklärte dazu am 15. März 2022: „Selten hat man erlebt, wie ein schwacher Staat Menschen in Not im Stich lässt. Selbstgemalte Schilder, freiwillige Helfer und herumirrende Menschen bestimmen das Bild, wenn Menschen an der Grenze oder in den Bahnhöfen ankommen. Gäbe es keine freiwilligen Helfer und Hilfsorganisationen, wären sie völlig allein, das ist alles nicht zu fassen. Der Berliner Senat versagt mal wieder komplett und auch die Bundesregierung hat nicht einmal im Ansatz einen Plan, wie die Abläufe gesteuert werden können.“

Auch der Vorsitzende der DPOIG Bundespolizeigewerkschaft Heiko Teggatz kritisierte die

Situation in den Grenzregionen und an den Bahnhöfen. „Es ist völlig unverantwortlich, dass der Staat sich weitgehend aus der Verantwortung stiehlt, wenn es um Aufnahme von Flüchtlingen und Steuerung der Unterbringung geht.“ Es bestehe keine Kontrolle darüber, wer nach Deutschland kommt, wohin die Menschen gebracht und wo sie untergebracht werden. Dadurch gerieten vor allem Frauen und Kinder in Gefahr, so Teggatz. „Wir erwarten, dass die Bundesregierung gemeinsam mit den zuständigen Landesbehörden die organisatorischen Abläufe steuert und die Versorgung und den Schutz der aus der Ukraine ankommenden Menschen in den Mittelpunkt stellt.“

Deutscher Philologenverband (DPhV) Appell an die Kultusministerkonferenz: Schulwesen resilient machen

Angesichts der Erfahrungen mit Schulschließungen in den letzten zwei Jahren aufgrund der Corona-Pandemie hat der DPhV von der Kultusministerkonferenz (KMK) gefordert, das Schulwesen zukunftsfähig aufzustellen.

„Wenn ein Herbeireden von angeblicher ‚Normalität‘ zu Corona-Zeiten dazu genutzt wird, dass vernünftige Infektionsschutzmaßnahmen eingestellt werden, ein zukunftsweisender Schulbau nach wie vor kein prioritäres Thema ist und keine ausreichende Personalversorgung an den Schulen gewährleistet werden kann, dann haben die Kultusminister nicht genug gelernt“, kritisierte die DPhV Vorsitzende Susanne Lin-Klitzing am 16. März 2022.

Mit Blick auf die vergangenen Schulschließungen sagte sie: „Unsere Lehrkräfte haben mehr als einen hervorragenden Job gemacht. Sie haben ihre Schützlinge sicher und gut zu ihren Bildungsabschlüssen gebracht. Die Gymnasiallehrkräfte in der Oberstufe haben die höchsten (!) Schulpräsenzzeiten weltweit, wie jüngst die OECD-Studie ‚Bildung auf einen Blick 2021‘ zeigte. Sie und die Schülerinnen und Schüler haben mit ihrem bedachtem Verhalten dazu beigetragen, dass Schulen nicht zu Super-Spreader-Institutionen wurden. Lehrkräfte bieten eine nie vorgestellte Bandbreite

an Unterrichtsformen, auch mit digitaler Unterstützung, obwohl die materiellen Voraussetzungen und der Datenschutz unzureichend sind. Ihnen gebührt großer, großer Dank!“

Was Kinder, Jugendliche und ihre Lehrkräfte jetzt bräuchten, sei ein resilientes Schulwesen mit ausreichend Lehrpersonal für die Bildungsanliegen der Schülerinnen und Schüler sowie ausreichend Personal für Erziehung und Betreuung. „Wir brauchen weniger Bürokratie und eine bessere Bildungsfinanzierung, die aus einem guten Miteinander von Bund, Ländern und Kommunen resultiert. Wir brauchen eine Bildungsplanung und Bildungsfinanzierung, die Gesundheitsschutz für alle an Schule Beteiligten gewährleistet, die Klimaneutralität für den Schulbau anstrebt und endlich den Investitionsstau für die Sanierung maroder Schulgebäude behebt. Die Planung der Dauerfinanzierung und die rechtssichere Umsetzung einer vernünftigen, datenschutzkonformen digitalen Unterstützung von Schulverwaltung und Unter-

richt stehen ebenfalls noch aus“, so Lin-Klitzing. Sie erwarte nun eine vorausschauendere Planung und bessere Umsetzung für ein krisensicheres Schulwesen. „Die politische Aufgabe bleibt: Schulen müssen präventiv besser

aufgestellt werden, damit nicht regelmäßig alle an Schule Beteiligten an ihre Belastungsgrenze kommen müssen.“

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

Bildung: Mangelnde Lesekompetenz belegt Unterfinanzierung

Angesichts der mangelnden Lesekompetenz von Schülerinnen und Schülern der vierten Klassen hat der VBE erneut die Unterfinanzierung des Bildungssystems kritisiert.

Zur Veröffentlichung der entsprechenden IFS-Schulpanelstudie sagte VBE Chef Udo Beckmann: „Die Ergebnisse der Studie zur Lesekompetenz von Schülerinnen und Schülern der vierten Klassen offenbaren nicht nur die Folgen der pandemiebedingten Schulschließungen, auch wenn wir wissen, dass insbesondere diejenigen Schülerinnen und Schüler, die bereits vor Corona zu den Benachteiligten zählten, durch Schulschließungen besonders belastet wurden. Studien belegen, dass die in der Grundschule festgestellte mangelnde Lesekompetenz in engem Zusammenhang damit zu sehen ist, dass viele Kinder durch fehlendes Vorlesen zu Hause keine Impulse zur Lesefreude und damit zur Lesekompetenz erhalten. Laut einer Studie der Stiftung Lesen, wird einem Drittel der Kinder nie oder nur selten zu Hause vorgelesen. Auch wenn das Vorlesen in den Kitas selbst als wichtiger Baustein zur sprachlichen Förderung eine große Rolle spielt, wissen wir gleichzeitig, dass weder Kitas

noch Schulen durch ihre mangelhafte personelle Ausstattung in der Lage sind, auch in dieser Frage die individuelle Förderung zu leisten, die sie gerne leisten würden. Dass die heute vorgestellte Studie zu dem Schluss kommt, dass sich die Benachteiligung von Kindern, die auch während der Pandemie keine oder nur wenig Unterstützung zu Hause erhalten haben, verstärkt, ist wenig verwunderlich.“

Auch in Fragen der Leseförderung gelte: Solange Kitas und Schulen durch die politisch Verantwortlichen nicht so ausgestattet werden, dass sie die ihnen zugewiesenen Aufgaben auch erfüllen können, würden festgestellte Defizite trotz allen Engagements des pädagogischen Personals nicht behoben werden können. „Es gehört zudem zur Wahrheit, dass die Entwicklung der Lesekompetenz nicht mit der vierten Klasse abgeschlossen ist. Sie ist fächerübergreifende Aufgabe weit über die Grundschule hinaus“, so Beckmann.

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

Deutschen Bahn: Vorwurf der „schriftlichen Lüge“

Die GDL hat der Deutschen Bahn (DB) vorgeworfen, das Datum der Unterzeichnung der Endverhandelten Tarifverträge aus den Verhandlungen im vergangenen Jahr gefälscht zu haben.

„Wider besseres Wissen und in klarer Missachtung der Fakten hat uns die DB die endverhandelten Tarifverträge der Tarifrunde 2021 mit dem nachweislich falschen Unterschriftsdatum 16. September 2021 zugestellt“, so der GDL-Bundesvorsitzende und dbb Vize Claus Wewelsky. Die Frage des Unterschriftsdatums sei alles andere als eine Randnotiz und könne entscheidend sein für die Frage des tatsächlichen Zeitpunkts einer Tarifkollision nach dem Tarifeinheitsgesetz (TEG) – und somit für den

Zeitpunkt der Auszahlung betrieblicher Mehrheitsverhältnisse.

Die GDL hatte, von der DB im Zuge des TEG willkürlich mit nur 17 von 72 Betrieben im Konzern bedacht, zur Feststellung der tatsächlichen betrieblichen Mehrheiten verschiedene Gerichtsverfahren eingeleitet. Zu deren Fortführung müssen allerdings unterzeichnete, mit anderen Tarifverträgen kollidierende Verträge

vorliegen. Indem die DB mutwillig am 16. September 2021 als Unterschriftstermin festhalte, versuche sie den Unterschriftstermin weiter zu verzögern.

„Die Rückdatierung der erst Ende Februar 2022 fertiggestellten Tarifverträge durch Personalvorstand Seiler ist eine glatte schriftliche Lüge,“ so Weselsky. „Falsch und lächerlich ist bereits die Begründung, wonach Unterschrift und Inkrafttreten des Tarifvertrages üblicherweise zeitgleich erfolgten: In der Tarifrunde 2014/2015 wurden im Rahmen der Verhandlungsrunde gemeinsam komplette Tarifverträge erzeugt, redaktionell fertiggestellt, mit Datum 30. Juni 2015 versehen und exakt an diesem Tage auch unterschrieben.“

Fakt sei, dass sich an den 16. September 2021, einem Tag mit weitgehender, aber nicht vollständiger Einigung, umfängliche Redaktionsverhandlungen anschlossen und zentrale inhaltliche Änderungen vorgenommen wurden. So seien auf ausdrücklichen Wunsch der DB zusätzliche tarifliche Regelungen vereinbart

worden. „Wir haben gegenüber dem Arbeitgeber zu keinem Zeitpunkt einen Zweifel daran gelassen, dass allein schon darum nicht der 16. September 2021, sondern der 24. Februar 2022 der maßgebliche Stichtag ist“, so Weselsky. „Von diesem Tag datieren die final abgestimmten Entwürfe der Tarifverträge und daher ist dies ohne jeden Zweifel das gültige Datum.“

Die unwürdige Scharade lasse erneut nur einen Schluss zu: „Der DB sind Recht und Gesetz und das Wohl und Wehe ihrer Mitarbeiter komplett gleichgültig“, so Weselsky. „Zum Schaden der GDL und zur künstlichen Beamtung der Hausgewerkschaft evg tut dieser Arbeitgeber wirklich alles. So wirkt das Management des Staatskonzerns nicht nur tendenziös nach innen, sondern diese Schicksalsgemeinschaft stellt sich auch absichtlich gegen jedwede Abkehr von Großmannssucht und weltweitem Geldverbrennen.“ Die GDL werde die ihr zugesandten Tarifverträge mit der schriftlichen Lüge jedenfalls nicht unterschreiben.

Namen und Nachrichten

Der **dbb** hat durchgesetzt, dass Beschäftigte und Auszubildende auch bei der Autobahn GmbH eine steuer- und sozialabgabenfreie Corona-Prämie erhalten. Bevor die Förderung von Corona-Sonderzahlungen Ende März 2022 ausläuft, erhalten Beschäftigte in Vollzeit 1.000 Euro (anteilig bei Teilzeit) und die Nachwuchskräfte 500 Euro. Die Tarifeinigung ist mit Unterzeichnung durch den dbb Tarifchef Volker Geyer am 14. März 2022 unmittelbar in Kraft getreten. „Die Autobahn GmbH ist immer noch ein junges Gebilde. Strukturen und Routinen müssen sich mancherorts immer noch einspielen. Gerade in dieser Zeit war und ist es eine besondere Schwierigkeit, dass die Corona-Pandemie die alltäglichen Abläufe zusätzlich erschwert hat“, erläuterte Volker Geyer nach Verhandlungsabschluss. „Da ist es von besonderer Bedeutung, dass jede und jeder Einzelne mit besonderem Einsatz mitzieht. Und genau darauf kann sich die Autobahn GmbH stets verlassen. Die Kolleginnen und Kollegen haben auch unter den schweren Bedingungen einer Pandemie einen tollen Job

gemacht. Und das findet heute seine Anerkennung.“ Geyer kritisch: „Wir haben uns gegen jeden Versuch gewandt, diese Prämie nur in der Zentrale auszugeben. Das wäre mit uns nicht zu machen gewesen. Alle waren engagiert und alle haben sich die Prämie verdient.“ Mehr Informationen auf [dbb.de](https://www.dbb.de).

Der Vorsitzende des **Bayerischen Beamtenbundes** (BBB) Rainer Nachtigall hat sich zu einem ersten Gespräch mit dem neu berufenen Generalsekretär Stephan Mayer (MdB) der CSU getroffen. Im Mittelpunkt stand die noch immer fehlende Umsetzung der Rechtsprechung zur Alimentation und auch das Gesetz zur Anpassung der Bezüge. Dies habe – bei aller Anerkennung angesichts der schnellen Umsetzung des Tarifergebnisses – zu einigen Verwerfungen in Einzelfällen geführt, erklärte Nachtigall am 10. März 2022. Die gute Zusammenarbeit mit dem Freistaat Bayern beim Gewaltschutzkonzept wolle man auch in Zukunft fortsetzen.

Der 11. März wird Nationaler Gedenktag für die Opfer von Terrorismus. „Es ist wichtig, den Gedenktag für die Opfer terroristischer Gewalt zu begehen“, sagt der Vorsitzende des **dbb Hessen** Heini Schmitt. Terroristische Anschläge würden oft eine schmerzliche Zäsur darstellen, während die Erinnerung an die vielen Opfer dieser sinnlosen Gewalt in der Öffentlichkeit schnell verblasst. „Darum ist es wichtig, den Opfern und ihren Angehörigen zu zeigen, dass sie in ihrem Schmerz und Verlust nicht alleine sind“, sagt Schmitt am 11. März 2022.

Die steigenden Spritpreise belasten alle Beschäftigten beim Zoll – insbesondere aber diejenigen im Prüfungs- und Vollstreckungsdienst, die ihr privates Fahrzeug für dienstliche Fahrten nutzen. Darauf hat der **BDZ** am 11. März 2022 hingewiesen und sieht dringenden Handlungsbedarf: Die nach dem Bundesreisekostengesetz (BRKG) gewährte Wegstreckenschädigung von 20 Cent je gefahrenem Kilometer (maximal jedoch 130 Euro bzw. bei festgestelltem erheblichem dienstlichem Interesse

von 30 Cent je gefahrenem Kilometer) seien angesichts der extrem gestiegenen Spritpreise nicht mehr tragbar. Aus BDZ-Sicht müssen in einem ersten Schritt die Erstattungssätze nach dem BRKG mindestens auf die Höhe der steuerrechtlichen Pendlerpauschale (für die gesamte dienstlich zurückgelegte Fahrstrecke) angehoben werden. Der Höchsterstattungsbeitrag nach Absatz 1 sei entsprechend anzupassen.

Jürgen Böhm, Bundesvorsitzender des **Deutschen Realschullehrerverbandes (VDR)** und dbb Vize, hat gefordert, in der aktuellen Corona-Situation alle möglichen Schutzmaßnahmen an den Schulen aufrecht zu erhalten. Man könne nicht per Gesetz eine Pandemie für beendet erklären. Wer den Maskenschutz aufhebt, der spiele mit der Gesundheit der jungen Menschen. Viel wichtiger wäre es, das Testregime an den Schulen zu hinterfragen und die Quarantäneregeln anzupassen. Die Lehrkräfte in Deutschland stünden weiterhin bereit, es müssten jetzt nur die richtigen politischen Maßnahmen getroffen werden.

Termine:

21./22. März 2022, Potsdam

Tarifverhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst: 2. Runde

Mehr Informationen unter www.dbb.de/sue

22. März 2022, Livestream auf dbb.de

dbb forum öffentlicher Dienst „Beitragssprünge in der PKV – muss das sein?“

Weitere Informationen folgen.

6./7. Mai 2022, Berlin

Bundesjugendtag 2022 der dbb jugend (Bund)

Mehr Informationen unter <https://www.dbb-jugend.de/events/bundesjugendtag.html>

16./17. Mai 2022, Potsdam

Tarifverhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst: 3. Runde

Mehr Informationen unter www.dbb.de/sue